

**Protokoll der gemeinsamen Beiratssitzung
der Stadtteilbeiräte Burglesum und Gröpelingen am 04.12.2014**
Bürgerhaus Oslebshausen, Am Nonnenberg 40, 28239 Bremen

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der Sitzung: 20.45 Uhr

Grö. Nr. XI/10/14

anwesend sind:

Stadtteilbeirat Gröpelingen

Herr Dieter Adam
Frau Helga Ebbers
Herr Raimund Gaebelein
Herr Hannes Grosch
Herr Norbert Holzapfel
Herr Adedipo Ogunyena
Herr Klaus Puppa
Herr Wolfgang Rohde
Herr Bernd Schwertfeger
Herr Dieter Steinfeld
Herr Peter Ullrich
Herr Torsten Vagts
Frau Petra Wontorra
Frau Barbara Wulff

verhindert sind:

Herr Nils Janßen
Frau Ursula Neke
Frau Gabriele Yardim

Gäste:

Senator Dr. Joachim Lohse
Frau Insa Nanninga

anwesend sind:

Stadtteilbeirat Burglesum

Herr Ewald Friesen
Herr Heinrich Große-Lindemann
Herr Reinhard Hennig
Herr Martin Hornhues
Frau Birgit Köhlitz
Herr Richard Kurpjuhn
Frau Iris Lauterbach-Wenig
Frau Helga Lürßen
Herr Frank Rath
Frau Ulrike Schnaubelt
Herr Bodo Strecker
Herr Rainer Tegtmeier

verhindert sind:

Frau Bettina Hornhues
Frau Agnes Müller-Lang
Frau Barbara Punkenburg
Herr Dr. Hagen Schmidtman
Herr Axel Strausdat

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Kreislauf- und Abfallwirtschaft/SUBV

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt und lautet wie folgt:

Sachstandsbericht über die Standortfrage zur Ansiedlung eines Zwischenlagers für chemische Stoffe im Stadtgebiet

Die Ausgangssituation für diese Sitzung stellt sich so dar, dass in Hemelingen an der Funkschneise ein Standort für ein Zwischenlager für chemische Stoffe aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft zu Wohnquartieren von der Bevölkerung abgelehnt wurde. Zum Zeitpunkt, da ein Grundstück in der Hermann-Funk-Straße in Aussicht genommen wurde, ereignete sich der Störfall in Ritterhude, der eine erhebliche Sensibilisierung der Bevölkerung in dieser Angelegenheit zur Folge hatte. Seitdem hat das Fachressort die Standortsuche ausgeweitet.

Den gesetzlichen Erfordernissen gemäß, sind nach gegenwärtigem Kenntnisstand sowohl der letztgenannte Standort in Hemelingen, als auch das Gelände des Industrieparks West hierfür grundsätzlich geeignet. Beantragt ist eine Gesamtlagerkapazität von 275 t, an der

max. 50 t „gefährlicher“ Abfall enthalten sein sollen, welcher einer besonderen Behandlung bedarf.¹

Die Ortsamtsleitungen Gröpelingens und Burglesums legen in ihren einleitenden Worten dar, aus welchen Gründen das Titelthema in einer gemeinsamen Sitzung beider Stadtteilbeiräte behandelt wird. Es wird ausgeführt, dass hierzu in beiden Beiratsgebieten ein langjähriger Diskussionsprozess bestand, der in zwei Beschlüssen aus 2011 und 2012 seinen sichtbaren Ausdruck findet, in denen sich seinerzeit beide Gremien dezidiert gegen die Ansiedlung eines Abfallrecyclingunternehmens aussprachen (Anlage 1: Gröpelingen, Anlage 2: Burglesum).

Herr Senator Dr. Lohse berichtet von Gesprächen zwischen dem Wirtschaftsressort und dem Antragsteller des Zwischenlagers, um eine Alternative zum im Genehmigungsverfahren befindlichen Standort Hermann-Funk-Str. zu führen, dämpft in seinem Sachstandbericht allerdings Erwartungen im Hinblick auf die Bekanntgabe eines neuen Zielortes. Diese stehe in einem so frühen Planungsstadium nicht an, eine Vorfestlegung hat durch die bloße Benennung möglicher Standorte nicht stattgefunden. Er beklagt, dass im öffentlichen Diskurs die Überlegung „dämonisiert“ worden sei und legt daher Wert darauf, herauszustellen, dass eine grundsätzliche Ordnung der Abfallwirtschaft beinhaltet, dass Bremen als fünftgrößter Industriestandort auch über eigene Entsorgungskapazitäten am Ort verfügen müsse.

Aus beiden Beiräten und der Bevölkerung wurden eine Vielzahl von Fragen gestellt und Anregungen gegeben. Hierzu antwortete der Senator:

- Der Betreiber hat einen Antrag auf Genehmigung eines Abfallzwischenlagers mit vorbereitender Behandlung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz beantragt. Im Rahmen dieses Verfahrens wird die Genehmigungsfähigkeit von den Fachbehörden überprüft. Dazu gehören neben einer Vielzahl technischer Prüfungen auch die Zuverlässigkeit und fachliche Eignung des Betreibers.
- Die anzusiedelnde Firma stellt einen anderen Betriebstypus als in Ritterhude dar. Es werden am neuen Standort Abfälle zwischengelagert und einer vorbereitenden Behandlung unterzogen, bspw. im Wege einer Zusammenstellung von größeren Transporteinheiten. Thermische Verfahren, wie in Ritterhude, gelangen nicht zur Anwendung.
- Dem Grundwasserschutz soll Rechnung getragen werden, indem eine dichte Bodenplatte zur Lagerung geschaffen wird, die als Wanne ausgebildet, austretende Stoffe ggf. aufnehmen kann.
- Die gefährlichen Stoffe, die der künftige Standort aufnehmen soll, werden sich auf Abfall aus medizinischen Einrichtungen (Arztpraxen bzw. Krankenhäuser), der Industrie und dem Handel speisen. Der beantragte Abfallartenkatalog enthält flüssige, pastöse und feste Abfälle.
- Im Benehmen mit dem Wirtschaftsressort wird ein Konzept entwickelt, das die Abfallentsorgungsanlage in das Gesamtspektrum der Bremer Abfallwirtschaft einpasst. Ein solcher „Masterplan“ soll der räumlichen Entflechtung der Abfallwirtschaft dienen.

In diesem Zusammenhang wird angeregt, ein Schadstoffkataster für das gesamte Bremische Stadtgebiet einzurichten, das eine flächendeckende Übersicht über die Betriebe bietet, die i.S. des Umweltschutzrechtes gefährliche Stoffe lagern. Der Hinweis aus der Bevölkerung, Spezialbehälter zu verwenden, die sich ggf. ätzenden Niederschlägen durch das Stahlwerk gegenüber resistent erweisen, wird durch die Fachbehörde aufgenommen.

Es wird durch die Beiräte trotz der Ausführungen die Besorgnis laut, dass durch die Fachbehörde bereits jetzt eine Vorfestlegung getroffen wird. Es komme vielmehr darauf an, „ohne Scheuklappen“ im gesamten Stadtgebiet auf Standortsuche zu gehen. Außerdem wird

¹ „Gesamtlagerkapazität“ bezieht sich gem. der 4. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz auf die maximal zulässige *zeitgleiche* Lagerung von Stoffen auf dem dafür ausgewiesenen Gelände.

aus den Beiräten und von den versammelten BürgerInnen die Besorgnis geäußert, dass die aktuell benannte Obergrenze für Lagerkapazitäten in der Zukunft ausgeweitet werden könnte.

Das Ressort sichert den Beiräten eine ergebnisoffene Prüfung zu und wird im Falle, dass die Standortentscheidung auf den Industriepark hinausläuft, einen Folgetermin anberaumen, um der Bevölkerung ein höchstmögliches Maß an Transparenz über die Entscheidungsgründe und die weiteren Verfahrensabläufe zu bieten.

Im Anschluss fassen die Beiräte jeweils einstimmig die in Anlage 3 und 4 anhängenden Beschlüsse.

Vorsitzende Gröpelingen:



Ulrike Pala

Sprecher Gröpelingen:



Dieter Adam

Vorsitzender Burglesum:

gez. Florian Boehlke

Florian Boehlke

Sprecher Burglesum:

gez. Martin Hornhues

Martin Hornhues

Protokoll:



Ingo Wilhelms

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen fordert

- den Senator für Wirtschaft und Häfen
- die WFB und
- den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

auf, bei der Entwicklungskonzeption des nunmehr erweiterten Bremer Industrieparks von vornherein für Gröpelingen belastende Betriebsformen nicht zuzulassen. Diese Forderung wird auch für zukünftige Planungen von weiter angrenzenden Industrie- und Gewerbeflächen erhoben.

Begründung:

Mit Drs. 17/1379 vom 03.08.2010 antwortete der Senat auf die kleine Anfrage der SPD-Fraktion „Entwicklungsperspektiven des Bremer Industrieparks“. Für die weitere Entwicklungskonzeption wird darin ausgeführt, dass nicht nur die dem Beiratsgebiet Burglesum zugeordneten Industrieflächen betrachtet werden sollen, sondern auch die angrenzenden Entwicklungsgebiete im Bereich der Hüttenstraße, der Anton-Hacker-Straße, das Altwerkgelände der Stahlwerke, das Areal ehemals Umweltschutz Nord, die Mobil-Oil-Fläche und die Flächen der ehemaligen Verwaltung des Stahlwerks.

Die Bevölkerung, insbesondere die der hafennahen Wohngebiete, ist bereits heute vielfach belastet. Z.B.:

- Ganztägige Lärmbelastigungen aus dem nicht der TA Lärm unterworfenen Seehafengebiet;
- Insbesondere nächtliche Belastungen durch Lärm- und Luftemissionen der Hafentbahn;
- Geruchsbelastigungen aus diversen (Recycling)betrieben und auch dem Holz- und Fabrikenhafen;
- Verschmutzungen von privaten Flächen und Gebäuden durch das Stahlwerk;
- Erhebliche Gefahren aus Betriebsstörungen;
- Hinzu kommen Belastungen der Hafentrandstraße, des Durchgangsverkehrs im Heerstraßenzug, der BAB A27 und der Bahnstrecke nach Bremerhaven.

Die Bevölkerung ist nicht mehr bereit – u.a. mit dem als zynisch empfundenen Hinweis auf bereits vorhandene Vorbelastungen – weitere Belastungen hinzunehmen.

Einstimmiger Beschluss vom 10.03.2011



Ortsamt Burglesum, Hindenburgstr. 61, 28717 Bremen

1) WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH
Kontorhaus am Markt
Herrn Ballhausen
Langenstraße 2-4
28195 Bremen

2) Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Frau Gebner

3) Bauamt Bremen-Nord
Herrn Donaubaer

Auskunft erteilt
Frau Hell-Nogai
Zimmer 203
T (04 21) 361 7101
F (04 21) 361 7161

E-Mail:
Sabine.Hell-Nogai
@oaburglesum.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
No/Dz

Bremen, den 24.09.2012

**Vorstellung des Gewerbeentwicklungsprogramms 2020
Beiratssitzung vom 12. September 2012**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Beirat Burglesum hat sich in seiner Sitzung am 12.09.2012 mit der o. g. Angelegenheit befasst.
Nachfolgend übersende ich Ihnen den Beschluss zur Kenntnis und mit der Bitte, ihn in die weitere
Planung mit einzubeziehen.

Beschluss:

DER BEIRAT NIMMT KENNTNIS UND FORDERT, FOLGENDE PUNKTE
UMZUSETZEN:

BREMER INDUSTRIEPARK

- KEINE ZENTRALISIERUNG DER ABFALLWIRTSCHAFT
- ANSIEDLUNG VON TRANSPORT- UND LOGISTIKUNTERNEHMEN
- ZÜGIGE REALISIERUNG DES 5. BAUABSCHNITTS

STEINDAMM

- KEINE ZUSÄTZLICHE ERWEITERUNG NACH DEM 2
BAUABSCHNITT

LESUM-PARK

- KEINE ANSIEDLUNG VON EINZELHANDEL ENTGEGEN DEM
KOMMUNALEN ZENTREN- UND NAHVERSORGUNGSKONZEPT.

DER BEIRAT FORDERT FERNER EINE ENGE ABSTIMMUNG ZWISCHEN
DEM SENATOR FÜR UMWELT, BAU UND VERKEHR, DEM SENATOR FÜR
WIRTSCHAFT UND HÄFEN SOWIE DEM BEIRAT BURGLESUM BEI DER
ENTWICKLUNG DER VERKEHRLICHEN ANBINDUNG VON
GEWERBEGEBIETEN.

Mit freundlichen Grüßen


Florian Boehlke
Ortsamtsleiter

4124

Beschluss des Beirates Gröpelingen

Müllproblematik und unzulässige Gewerbe in Gröpelingen konsequent bekämpfen!

1. Der Beirat Gröpelingen fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr sowie den Umweltbetrieb Bremen auf, dem Beirat noch im ersten Quartal 2015 darzulegen, wie zukünftig sichergestellt werden soll, dass Vermieter die vorgeschriebenen Müllgefäßgrößen für ihre jeweiligen Bewohnerzahlen bzw. Gewerbeflächen einhalten.
2. Die Senatoren für Inneres und Sport sowie Umwelt, Bau und Verkehr werden aufgefordert, Gewerbe, die aufgrund der gültigen Bebauungspläne und Nutzungsgenehmigungen unzulässig sind, zukünftig umgehend und konsequent zu untersagen.
3. Der Beirat fordert darüber hinaus den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen auf, gemeinsam mit den Trägern vorhandener Angebote für die Integration von Zuwanderern sowie für den Klima- und Umweltschutz die Praxisnähe und Alltagsrelevanz der bestehenden Angebote zu überprüfen. Gegebenenfalls sind die Angebote insbesondere mit Blick auf den Umgang mit Müll sowie der Zulässigkeit von Kleingewerbe anzupassen bzw. auszubauen.

Begründung:

1. Für eine saubere Stadt, in der alle Menschen in einem nachvollziehbaren und gerechten Umfang an der Finanzierung der Müllabfuhr beteiligt werden, ist die vorschriftsgemäße Aufstellung von Müllgefäßen und die damit verbundene Zahlung von Müllgebühren unerlässlich. Gerade im Stadtteil Gröpelingen entziehen sich jedoch viele Vermieter diesen Pflichten und tragen somit direkt zu einer zunehmenden Verschmutzung des Straßenbildes bei. Da die bisherigen Instrumente sowie alle Appelle von Polizei, Beirat und engagierten Bürgern bei vielen Vermietern und Gewerbetreibenden ungehört verhallt sind, muss dieses Thema von den zuständigen Behörden mit größerem Nachdruck angegangen werden.
2. Immer wieder öffnen im Stadtteil unzulässige Gewerbebetriebe, wie beispielsweise Glücksspiellokale oder, wie aus Berichten der Bevölkerung hervorgeht, Bäckereien in Hinterhöfen. Wie die senatorischen Behörden für Inneres und Sport sowie Umwelt, Bau und Verkehr dem Beirat bei diversen Sitzungen mitgeteilt haben, werden die rechtlichen Möglichkeiten gegen diese Gewerbe vorzugehen aus Gründen der Personalknappheit bisher nicht immer vollumfänglich ausgenutzt.
3. Neben der Verantwortung der Vermieter sieht der Beirat Gröpelingen bei vielen Menschen Defizite beim Umgang mit Müll und Mülltrennung. Neben regelmäßigen Aktionen wie "Bremen räumt auf" sollte die Stadt auch Angebote schaffen, die sowohl neuen Bremern als auch eingesessenen Menschen die verschiedenen Möglichkeiten Abfälle sauber, nachhaltig und legal zu entsorgen aufzeigen. Eine Lösung der massiven Müllproblematik im Stadtteil kann aus Sicht des Beirates eines der größten Konfliktpotentiale im Stadtteil dauerhaft entschärfen, weshalb hier ein zusätzlicher Ressourceneinsatz seitens der Stadt absolut gerechtfertigt ist.

(einstimmiger Beschluss anlässlich der Beiratssitzung am 10.12.2014)

Anlage 4

Ortsamt Burglesum



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Ortsamt Burglesum, Hindenburgstr. 61, 28717 Bremen
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Auskunft erteilt
Herr Backhaus
T (04 21) 3 61 7110
F (04 21) 3 61 7161
E-Mail:
office@oaburglesum.bremen.de
Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Nachrichtlich:
Frau Pala, Ortsamt West

Mein Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
Boe / Ba
Bremen, den 12. Dezember 2014

**Standortfrage zur Ansiedlung eines Zwischenlagers für chemische Stoffe im Stadtgebiet
Beschluss des Beirates Burglesum**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend übersende ich Ihnen den gefassten Beschluss zum oben genannten Tagesordnungspunkt der gemeinsamen Sitzung der Beiräte Burglesum und Gröpelingen am 04.12.2014 zur Kenntnis und Berücksichtigung im weiteren Verfahren.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum nimmt den Bericht des Senators Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis und fordert ihn auf, nach erzielten Ergebnissen, zusammen mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen erneut zu berichten.

Eingegangen werden soll dabei auf:

1. Sachstand Abfallzwischenlager
2. Sachstand Erstellung Masterplan unter besonderer Berücksichtigung der Abfallwirtschaft
3. Sachstand Gefahrstoffkataster

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Boehlke
Ortsamtsleiter

Eingang
Lesumer Brink
28717 Bremen

Dienstgebäude
Hindenburgstraße 61
28717 Bremen

Bus-Haltestelle
Lesum/ Kirche

Öffnungszeiten:
montags-freitags 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr
und nach telefonischer Vereinbarung

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD-Fraktion im Beirat Gröpelingen

Barbara Wulff
 In den Barken 17
 28237 Bremen
 Tel./Fax 6164422
 0177- 285 3440

Antrag an die öffentliche Sitzung des Beirates Gröpelingen am 04.12.2014

Kataster für gefährliche Güter erstellen!

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

1. Der Stadtteilbeirat Gröpelingen bekräftigt seinen mit Datum vom 10.03.2011 gefassten Beschluss zum Umgang mit gefährlichen Stoffen.
2. Der Beirat fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr weiterhin auf, endlich ein Kataster für Firmen in Gröpelingen, insbesondere im Hafengebiet und im Industriepark, einzurichten, die gefährliche Güter vertreiben oder lagern.

Begründung:

1. Siehe auch Begründung des Beschlusses vom 10.03.2011
2. die Gröpelinger Bevölkerung ist traditionell mit dem Hafengeschehen und dem Geschehen auf dem Stahlwerkgelände eng verbunden. So haben viele Menschen in Gröpelingen sowohl im Hafen als auch bei den Stahlwerken gearbeitet. Beruf und Privatleben waren damit räumlich eng verbunden. Dieser Umstand hat sich mit dem Strukturwandel Ende des letzten Jahrhunderts stark gewandelt. Die angrenzend lebenden Menschen identifizieren sich nicht mehr so stark mit dem Hafengeschehen und legen, wie auch sonst in Bremen, wert auf eine sichere, ruhige und gesunde Wohnqualität. Dennoch werden Häfen und Stahlwerke als solide „Nachbarn“ immer noch geschätzt. Geruchs- und Lärmauswirkungen muss allerdings immer wieder begegnet werden.

Die bekannt gewordenen Betriebsunfälle der letzten Zeit (Nehlsen), Explosion in Ritterhude) haben auch bei der Gröpelinger Bevölkerung starke Ängste ausgelöst, zumal dies jeweils in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung geschehen ist. Welche Güter im Hafengebiet bzw. Industriepark vertrieben bzw. gelagert werden, sollte ein Kataster darstellen, das z.B. der Feuerwehr schnelle Hinweise zur Reaktion auf Unfälle geben kann.

Barbara Wulff

Barbara Wulff und Fraktion der SPD im Beirat Gröpelingen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands**SPD-Fraktion im Beirat Gröpelingen**

Barbara Wulff
In den Barken 17
28237 Bremen
Tel./Fax 6164422
0177- 285 3440

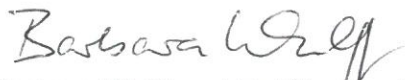
Antrag an die öffentliche Sitzung des Beirates Gröpelingen am 04.12.2014**Aufstellung von Containern für die Oberschulen „Ohlenhof“ und „im Park“**

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die Deputation für Bildung auf, einen Beschluss zur Aufstellung von Mobilbauten für die „Oberschule Ohlenhof“ sowie für die „Oberschule im Park“ schnellstmöglich herbei zu führen.

Begründung:

Der Beirat Gröpelingen befürchtet, dass die rechtzeitige Aufstellung von Containern zum Schuljahresbeginn 2015/16 für die Oberschulen „Ohlenhof“ und „im Park“ durch eine Beschlussfassung, die erst im Februar 2015 durch die Deputation für Bildung stattfinden soll, gefährdet ist. Darum sollte der Beschluss bereits in der Sitzung am 05.12.2014 erfolgen.



Barbara Wulff und Fraktion der SPD im Beirat Gröpelingen